

Rückmeldungen der TöB zum Planfeststellungsverfahren Gneisenaubücke, Stand 4. September 2017

Lfd.-Nr.	TöB	Stellungnahme	Stellungnahme VHT
A1	<b>RP Karlsruhe - Ref. 56</b> 15.03.2017	Keine Stellungnahme	—
A2	<b>RP Karlsruhe Naturschutz, Recht - Ref. 55</b> 16.03.2017	Nicht betroffen  Wir gehen davon aus, dass zuständige untere Naturschutzbehörde beteiligt wurde	<b>VHT:</b> Stellungnahme der UNB liegt vor, siehe A18.
A3	<b>LRA Rhein-Neckar-Kreis</b> 20.03.2017	Nicht zuständig	—
A4	<b>RP Karlsruhe Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz - Ref. 21</b> 21.03.2017	Keine Anregungen	—
A5	<b>Eisenbahn-Bundesamt, KA</b> 24.03.2017	Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz - BEVVG) berühren.	—

		<p>Sofern nicht geschehen, empfehle ich einen vom Eisenbahn-Bundesamt anerkannten Gutachter zur Beurteilung der Standsicherheit des unmittelbar neben der Eisenbahnstrecke geplanten Bauwerkes hinzuzuziehen, um den Einfluss der Eisenbahnlasten auf dieses Bauwerk zu überprüfen.</p>	<p><b>VHT:</b> Wird mit Beauftragung eines Prüfstatikers erfüllt.</p>
		<p>Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnstromfernleitungen (die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Südwest, Bahnhofstraße 5, 76137 Karlsruhe) prüft. Die Betreiber dieser Anlagen sind betroffen. Daher werden die gebotenen Beteiligungen empfohlen, sofern sie nicht bereits stattfinden.</p>	<p><b>VHT:</b> Stellungnahme der DB Immobilien liegt vor, siehe A14.</p>
		<p>Der Landesbevollmächtigte für Eisenbahnaufsicht (LfB) beim Eisenbahn-Bundesamt ist in diesem Verfahren gesondert, wegen der nichtöffentlichen Eisenbahninfrastrukturanlagen der Stadt Heilbronn, zu beteiligen.</p>	<p><b>VHT:</b> Stellungnahme der LEA liegt vor, siehe A13.</p>
A6	<p><b>RP Freiburg</b>  <b>Landesbetrieb Forst BW - Ref. 82</b>  24.03.2017</p>	<p>Keine Waldflächen im Sinne von § 2 Landeswaldgesetz (LWaldG) betroffen, forstliche Belange werden daher nicht berührt</p>	–
A7	<p><b>Nachbarschaftsverband</b>  <b>Heidelberg-Mannheim</b>  29.03.2017</p>	<p>Unterlagen in Bezug auf den Flächennutzungsplan (FNP) des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim geprüft. Keine Hinweise oder Anregungen</p>	–

A8	<p style="text-align: center;"><b>RP Stuttgart, Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg</b> 12.04.2017</p>	<p>Aufgrund der ausgedehnten Kampfhandlungen und schweren Bombardierungen, die während des zweiten Weltkriegs stattfanden, ist es ratsam, im Vorfeld von jeglichen Bau(planungs)maßnahmen eine Gefahrenverdachtserforschung in Form einer Auswertung von Luftbildern der Alliierten durchzuführen. Alle <b>nicht</b> vorab untersuchten Bauflächen sind daher als potenzielle Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen. Seit dem 02.01.2008 kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst Ba.-Wü. allerdings Luftbilddauswertungen für Dritte zur Beurteilung möglicher Kampfmittelbelastungen von Grundstücken nur noch auf vertraglicher Basis kostenpflichtig durchführen. Diese Auswertung kann bei uns mittels eines Vordruckes beantragt werden. Die dafür benötigten Formulare können unter <a href="http://www.rp-stuttgart.de">www.rp-stuttgart.de</a> (-&gt; Service -&gt; Formulare und Merkblätter) gefunden werden. Die momentane Bearbeitungszeit hierfür beträgt ca. <b>30 Wochen</b> ab Auftragseingang. Bei eventuellen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung. <u>Folgende Anlagen sind beigelegt:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anschreiben des RPK vom 13.03.2017</li> <li>- Auftrag zur Überprüfung auf Kampfmittelbelastung/Luftbilddauswertung</li> <li>- Entgelttabelle Luftbilddauswertung auf der Basis der VwV Kostenfestlegung</li> <li>- Empfehlungen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Baden-Württemberg (KMBD) für die Vergabe von Entmunitionierungsarbeiten</li> </ul>	<p><b>VHT:</b> Für einen Teilbereich des Planfeststellungsgebietes wurde seitens des KMBD BW bereits eine multitemporale Luftbilddauswertung vorgenommen, siehe als <b>Anlage 1</b> beigelegtes Schreiben des KMBD BW vom 26. Juli 2013, dortige Anlage 2. Hiernach bestehen in diesem Bereich Anhaltspunkte, die es erforderlich machen, dass weitere Maßnahmen durchgeführt werden.</p> <p>Der VHT sagt zu, für Bereiche, in denen vorhabenbedingte Baumaßnahmen stattfinden und für die nach dem als <b>Anlage 2</b> beigelegten Lageplan keine Freigabe (grüne Schraffur) erfolgte, weitere Maßnahmen durchzuführen.</p> <p>Die Einzelheiten wird der VHT rechtzeitig mit einer für Kampfmittelräumung sachlich geeigneten Stelle (z. B. dem KMBD BW) abstimmen.</p>
----	--	--	--

A9	<p><b>RP Karlsruhe</b>  <b>SG Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst - Ref.16</b></p> <p><b>RP Karlsruhe</b>  <b>SG Polizeirecht (Höhere Straßenverkehrsbehörde) – Ref. 16</b>  18.04.2017</p>	<p>Das Referat 16 – SG Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst- sieht durch die Maßnahme Belange des Brandschutzes nicht berührt.</p> <p>Wir gehen jedoch davon aus, dass die Feuerwehr Heidelberg angehört worden ist und dass ggf. den Belangen des Brandschutzes durch eine entsprechende Stellungnahme Rechnung getragen wurde.</p> <p>Temporäre Maßnahmen während der Bauzeit (Straßensperrungen, Umleitungen etc.), die den Brandschutz und die Rettung beeinflussen, sind mit der Feuerwehr Heidelberg abzustimmen und auch dem Rettungsdienst mitzuteilen.</p>	<p>–</p> <p><b>VHT:</b> Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen seitens der Feuerwehr Heidelberg keine Bedenken, siehe als <b>Anlage 3</b> beigefügte E-Mail vom 4. Mai 2017.</p> <p><b>VHT:</b> Zusage</p>
		<p>Das Referat 16 - SG Polizeirecht (Höhere Straßenverkehrsbehörde) - hat mitgeteilt, dass es von den Planungen nicht betroffen ist.</p>	<p>–</p>
A10	<p><b>RP Freiburg,</b>  <b>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau</b>  20.04.2017</p>	<p>Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.</p> <p><b>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können</b></p> <p>Keine</p>	<p>–</p>

		<b>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes</b>  Keine	–
		<b>3. Hinweise, Anregungen oder Bedenken</b>  <b>Geotechnik</b>  Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		Andernfalls empfiehlt das LGRB die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:  Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Auenlehm und holozänen Abschwemmmassen. Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.  Mit einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrunds ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein. Mit	<b>IBES:</b> Kenntnisnahme. Die örtlichen Gegebenheiten wurden entsprechend berücksichtigt.

		<p>einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	
		<p><b>Boden</b></p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	—
		<p><b>Grundwasser</b></p> <p>Auf die Lage des Plangebietes innerhalb eines Wasserschutzgebietes und die Bestimmungen der Rechtsverordnung wird verwiesen.</p>	—
		<p><b>Bergbau</b></p> <p>Gegen das Vorhaben bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</p>	—
		<p><b>Mineralische Rohstoffe</b></p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	—

		<b>Geotopschutz</b>  Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	–
		<b>Allgemeine Hinweise</b>  Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB ( <a href="http://www.lgrb-bw.de">http://www.lgrb-bw.de</a> ) entnommen werden.  Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse <a href="http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope">http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope</a> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	<b>IBES:</b> Kenntnisnahme. Die örtlichen Gegebenheiten wurden entsprechend berücksichtigt.
A11	<b>Liegenschaften Vermögen und Bau Baden-Württemberg - Abt. 2 Amt Mannheim u. Heidelberg</b> 28.04.2017	Nicht betroffen	–
A12	<b>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr</b> 02.05.2017	Baumaßnahme geprüft. Militärstraßengrundnetz (MSGN) nicht betroffen. Keine weiteren Bedenken	–

A13	<p style="text-align: center;"><b>Landeseisenbahnaufsicht Baden-Württemberg</b> 02.05.2017</p>	<p>Die Antragsunterlagen zu o. g. Vorhaben wurden eisenbahntechnisch geprüft. Seitens der Landeseisenbahnaufsicht wird der o. g. Maßnahme unter Beachtung folgender Nebenbestimmungen zugestimmt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gemäß § 2 Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen (ESBO) müssen Bahnanlagen und Fahrzeuge so beschaffen sein, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Diese Anforderungen gelten als erfüllt, wenn die Bahnanlagen und Fahrzeuge den Vorschriften der ESBO und - soweit diese keine ausdrücklichen Vorschriften enthält - den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Neben DIN-Vorschriften, VDE-Vorschriften, VDI-Richtlinien, usw. ist auch beispielsweise die "Eisenbahnspezifische Liste Technischer Baubestimmungen (<b>ELTB</b>)" eine vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) herausgegebene anerkannte Regel der Technik. Die ELTB kann auf der Internetseite des EBA im Serviceteil kostenlos heruntergeladen werden.</li> </ul>	<p><b>Schüßler-Plan:</b> Für den uns betreffenden Bereich der Bauwerksplanung können wir mitteilen, dass diese gemäß den anerkannten Regeln der Technik und unter Zugrundelegung der geltenden Normen und Richtlinien, auch solchen der DB AG, erstellt und mit der DB Engineering &amp; Consulting eng abgestimmt wurde. Selbiges gilt selbstverständlich auch für die Ausführungsplanung, welche darüber hinaus auch durch einen vom Eisenbahnbundesamt zugelassenen Prüfingenieur begleitet wird.</p> <p><b>VHT:</b> Die Planung der Änderungen an den Fahrleitungen der rnv erfolgt durch die rnv, Abteilung elektrische Anlagen (siehe unten, A16). Nach Mitteilung der rnv GmbH werden bei der Erstellung der Ausführungsplanung für die Fahrleitungs- und Erdungsanlage die für den EBO-Bereich geltenden Regeln der Technik sowie die einschlägigen Normen und Richtlinien eingehalten (Schreiben vom 28. Juni 2017). Es sind keine Abweichungen zu den Vorschriften und Regelwerken geplant.</p>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Von den anerkannten Regeln der Technik darf abgewichen werden, wenn mindestens die gleiche Sicherheit wie bei der Beachtung dieser Regeln nachgewiesen ist. Wer von den anerkannten Regeln der Technik abweichen will, trägt die Darlegungslast für eine mindestens gleich große Sicherheit.</li> </ul>	<p><b>Schüßler-Plan:</b> Siehe oben</p> <p><b>VHT:</b> Siehe oben</p>



		<ul style="list-style-type: none"> <li>Grundsätzlich sind bei der Planung und Ausführung der Baumaßnahme u. a. die nachfolgend aufgeführten Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Richtlinien und anerkannten Regelwerke in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten und anzuwenden: <ul style="list-style-type: none"> <li>- AEG (Allgemeines Eisenbahngesetz);</li> <li>- ESBO (Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen);</li> <li>- Berufsgenossenschaftliche Vorschriften (z.B. BGV D 30 und BGI 770).</li> </ul> </li> </ul>	<p><b>Schüßler-Plan:</b> Siehe oben</p> <p><b>VHT:</b> Siehe oben</p>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Das gemäß Genehmigung des Ministeriums vom 15.01.10 freizuhaltende <i>Lichtraumprofil Fahrzeuge MVV OEG AG</i> ist im gesamten Planungsbereich-auch während der Bauzeit zu gewährleisten. In allen eisenbahntechnisch relevanten Plänen ist dieses Lichtraumprofil einzuzeichnen und zu vermaßen.</li> </ul>	<p><b>VHT:</b> Zusage; Das Lichtraumprofil ist in Unterlage 5 Blatt 2 Detail 1 dargestellt und wird bei der weiteren Planung beachtet.</p>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Mindestbahnsteigbreite von 2,50 m darf nicht eingeschränkt werden. Soweit durch Baubehelfe, etwa bei der Herstellung der Pfahlkopfplatte, die Bahnsteigbreite temporär eingeengt wird, trifft das Eisenbahninfrastrukturunternehmen die erforderlichen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen.</li> </ul>	<p><b>Schüßler-Plan:</b> Eine Unterschreitung der Mindestbahnsteigbreite von 2,50 m auch während der Bauzeit ist nicht geplant.</p>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Feste Gegenstände auf dem Bahnsteig müssen - auch während der Bauzeit - bis zu einer Höhe von 2,50 m über dem Bahnsteig mindestens 2,10 m von Gleisachse entfernt sein. (ESBO § 13 (1))</li> </ul>	<p><b>Schüßler-Plan:</b> Eine Unterschreitung der Mindestabstände fester Einbauten bzw. Gegenstände auf dem Bahnsteig zur Gleisachse ist weder im Bau-, noch im Endzustand geplant.</p>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>Für alle Ingenieurbauwerke, auch Bauzustände und Baubehelfe, die sich im Wirkungsbereich von Eisenbahnverkehrslasten befinden und/oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Wirkungsbereich der Bahnanlage tangieren, ist die Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit nachzuweisen.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>In die Ausführungspläne sind sämtliche eisenbahntechnisch relevanten Bemaßungen, Hinweise und Angaben aufzunehmen.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Erdungs- und Berührungsschutzmaßnahmen zum Schutz gegen Gefahren aus der Oberleitung bei Brücken über elektrifizierten Gleisen sind nach DIN EN 50122-1 (VDE 0115-3) und Ril 997 der DB Netz auszuführen.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwischen der Brückenunterkante und den Oberleitungsanlagen der DB Netz und der MVV GmbH sind die elektrischen Mindestabstände nach DIN EN 50119 einzuhalten.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Eisenbahninfrastrukturunternehmen MVV Verkehr GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim ist bei der Planung, Durchführung und Abnahme aller Arbeiten im Bereich der Gleise der ESBO-Strecke 9400 Mannheim – Weinheim, des Bahnsteigzugangs und des Bahnsteiges zu beteiligen.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Zusage

		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Abnahmen der Arbeiten im Bahnsteigbereich und an der Zugangsrampe zum Bahnsteig sind durch den Eisenbahnbetriebsleiter des EIU durchzuführen; die Abnahme ist zu dokumentieren. Die Abnahmeniederschriften sind der Landeseisenbahnaufsicht unaufgefordert Vorzulegen. Die zur Abnahme erforderlichen Unterlagen sind auf Verlangen der Landeseisenbahnaufsicht vorzulegen.</li> </ul>	<b><u>VHT:</u></b> Kenntnisnahme
	Hinweise	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die im Brückenüberbau installierte Beleuchtung darf den Bahnbetrieb nicht behindern, stören oder gefährden. Eine Verwechslungsgefahr der Leuchtmittel mit Lichtsignalen für den Bahnbetrieb ist auszuschließen.</li> </ul>	<b><u>VHT:</u></b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften bzw. Richtlinien, insbesondere die BGV D 30 Unfallverhütungsvorschrift Schienenbahnen und die BGI 770 Gestaltung von Sicherheitsräumen, Sicherheitsabständen und Verkehrswegen bei Eisenbahnen, sind der Ausführungsplanung zu Grunde zu legen. Durch Forderungen der Berufsgenossenschaft kann sich der freizuhaltende Raum wegen zu berücksichtigender Sicherheitsräume vergrößern; die Berufsgenossenschaft (VBG) ist daher bei der Ausführungsplanung zu beteiligen.</li> </ul>	<b><u>VHT:</u></b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Eine Abnahme durch die LEA erfolgt nicht; eine Nutzungsgenehmigung wird nicht erteilt. Der sichere Bau und der sichere Betrieb der Eisenbahn obliegen gem. § 4 (3) AEG dem Eisenbahnunternehmer.</li> </ul>	<b><u>VHT:</u></b> Kenntnisnahme

		<p>Diese eisenbahntechnische Stellungnahme erstreckt sich nur auf die Beeinträchtigung der Sicherheit des Bahnbetriebs. Etwa erforderliche sonstige Prüfungen, insbesondere auf gewerbe-, bau- oder umweltrechtlichem Gebiet sowie solche durch den TÜV werden durch diese Prüfung nicht ersetzt.</p>	<p><b>VHT:</b> Kenntnisnahme</p>
A14	<p><b>Deutsche Bahn AG – DB Immobilien</b> 02.05.2017</p>	<p>Die Deutsche Bahn, DB Immobilien, als von der Deutschen Bahn AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB AG als Träger öffentlicher Belange und aller Unternehmensbereiche zum o. g. Verfahren:</p> <p>Gegen das Planfeststellungsverfahren der Geh- und Radwegbrücke bestehen aus eisenbahntechnischer Sicht grundsätzlich keine Bedenken. Öffentliche Belange der Deutschen Bahn AG werden hierdurch nicht berührt. Beim weiteren Verfahrensablauf sind jedoch folgende Belange zu beachten:</p> <p><b>Planungsinhalte</b> Die weiteren Planungen, die zu Veränderungen an Bahnanlagen führen, sind mit uns abzustimmen. Eine Festlegung von Planungsdetails muss durch Vorlage von Fachplanung und Zustimmung durch uns erfolgen, die Vorlage der Entwurfsplanung hierfür steht noch aus. Eine Erwähnung in den Unterlagen zur Planfeststellung erfolgt aus unserer Sicht nur nachrichtlich.</p>	<p><b>VHT:</b> Kenntnisnahme</p> <p><b>K&amp;K:</b> In den Antragsunterlagen dargestellte notwendige Folgemaßnahmen sind Bestandteil der Planfeststellung.</p> <p><b>VHT:</b> Die Planung der Änderungen an den Bahnanlagen erfolgt durch die DB Engineering &amp; Consulting GmbH. Eine intensive Abstimmung wird zugesagt.</p> <p>Nach Mitteilung von Hrn. Hauptmann, DB Engineering &amp; Consulting GmbH, wurden die in der Stellungnahme formulierten Punkte in der Entwurfsplanung beachtet. Somit ergibt sich bei Einhaltung der Annahmen und Vorgaben aus der</p>

			Entwurfsplanung kein Handlungsbedarf (E-Mail vom 30. Mai 2017). Die Entwurfsplanung wurde im März 2017 an die DB Netz AG weitergeleitet. Der Prüfbericht der DB Netz AG vom 30. Mai 2017 liegt vor. Die Anmerkungen werden berücksichtigt.
		<p>Grundsätzlich gilt:</p> <p>Während der Baumaßnahme sind Funktion und Sichtverhältnisse nicht einzuschränken. Kabelanlagen im Bau Feld sind zu sichern, Verunreinigungen der Kabelkanäle sind auch innerhalb dieser zu entfernen.</p> <p>Durch den Neubau der Brücke darf die Sicht auf unsere Signale weder im heutigen noch im künftig geplanten Zustand beeinträchtigt werden. Signalbrücken bzw. -ausleger sind derzeit nicht vorgesehen, die Betrachtung der Rückwirkungsfreiheit auf die Signalsicht hat so wie vorgesehen in der weiteren Planung zu erfolgen.</p>	<b>VHT:</b> Zusage
		<p><b>Beleuchtungsplanung</b></p> <p>Grundsätzlich darf es durch die Beleuchtung zu keiner Gefährdung oder Behinderung des Bahnbetriebs kommen. Leider wurde versäumt, den bisherigen Abstimmungsstand in die Unterlagen aufzunehmen.</p> <p>Daher wiederholen wir hier unsere Stellungnahme zur Vorplanung vom 19.06.2016, zu der wir bisher noch keine Rückmeldung erhalten haben:</p> <p>Die uns vorgelegte Lichtplanung vom 04.11.2016, als überarbeiteten Vorschlag</p>	<p><b>K&amp;K:</b> Die Akzentbeleuchtung ist in den Antragsunterlagen explizit lediglich nachrichtlich dargestellt.</p> <p><b>VHT:</b> Die Beleuchtungsplanung erfolgt durch die Stadtwerke (SWHD). Sobald neue Planunterlagen vorliegen, werden diese mit den entsprechenden DB-Stellen abgestimmt.</p> <p><b>VHT:</b> Siehe oben</p>



		aufzunehmen.	
		<b>Grunderwerb</b> Im Erläuterungsbericht wird die Aussage getroffen, dass im Sinne des EkrG eine Überplanung der Grundstücksfläche geduldet werden und für die Nutzung des Grundstücks kein Grunderwerb getätigt werden muss. Dies ist insofern richtig, als das es sich um dauerhaft betriebsnotwendige Flächen handelt. Wie im angefügten Planausschnitt erkennbar, handelt es sich bei einem Teilbereich um eine für einen späteren Verkauf vorgesehene Fläche. Hier sehen wir die Pflicht der Duldung als nicht zutreffend an, zumindest insoweit diese zu einer Wertminderung beim späteren Verkauf führt. Für diese Fläche gibt es ein Vorkaufsrecht für die Stadt Heidelberg, welche auch Kreuzungspartner und Bauherr ist. Selbige hat, wie erkennbar, auch schon Ideen zur Verwertung der Flächen. Wir können insofern der Nutzung der besagten Fläche nur zustimmen, wenn festgesetzt wird, dass hierfür bei einem späteren Verkauf an die Stadt der Grunderwerb zu den dann für die Gesamtfläche geltenden Konditionen nachgezogen wird.	<b>VHT:</b> Es wird zugesagt, dass bei einem möglichen Ankauf der Fläche durch die Stadt die Duldung des Brückenbaukörpers nicht als wertmindernd berücksichtigt wird.
		<b>Stellungnahme der DB Kommunikationstechnik GmbH</b> Im Baufeld befinden sich erdverlegte Fernmeldekabel der DB Netz AG und in den U-Kanälen befinden sich Fernmeldekabel der DB Netz AG und der Vodafone GmbH. Für die Zustimmung des Planfeststellungsverfahrens wenden Sie sich bitte an den TK-Anlagenverantwortlichen der DB Netz AG (Herr Artem Bugakov, e-mail: artem.bugakov@deutschebahn.com) und an	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme. Nach Mitteilung von Fr. Pfeifer im Termin am 8. August 2017 erfolgte keine (weitere) Rückmeldung durch die DB Netz AG. Stellungnahme von Vodafone liegt vor, siehe B10.

		<p>die Vodafone GmbH. Die Lage der Systeme übersenden wir Ihnen digital.</p> <p>Die Baumaßnahme erfordert Vorbereitungsarbeiten und Sicherungsvorkehrungen zum Schutz der fernmeldetechnischen Anlagen/Kabel. Zur Einleitung der Vorarbeiten, welche unter Umständen 6 Monate dauern können, empfehlen wir die baldige Beauftragung dieser Arbeiten bei unserem vertrieblichen Ansprechpartner. DB Kommunikation GmbH, Kundenmanagement Hohenzollernstr; 4, 71638 Ludwigsburg e-mail: <a href="mailto:kundenmanagement.sued@deutschebahn.com">kundenmanagement.sued@deutschebahn.com</a>.</p> <p>Ganz grob gilt für Bepflanzungen an Bahnstrecken Folgendes: An Streckenabschnitten, die mit Geschwindigkeiten bis 160 km/h befahren werden: - Mindestabstände zur Gleismitte des äußersten Gleises für klein- und mittelwüchsige Sträucher 8 m, für hochwüchsige Sträucher 10 m und für Bäume 12 m. - Keine Pflanzungen innerhalb der in Modul 882.0220 genauer definierten Rückschnittzone (hierdurch können sich im Einzelfall die o.g. Mindestabstände beträchtlich erhöhen). Die Rückschnittzone dient der Freihaltung von Sicherheitsräumen, Ingenieurbauwerken, Oberleitungsabständen, Signalsichten, Sichtflächen an Bahnübergängen etc. gemäß den anerkannten Regeln der Technik.</p>	<p><b>VHT:</b> Kenntnisnahme</p> <p><b>VHT:</b> Kenntnisnahme</p>
--	--	--	---



		<p>- Ausschließlich Pflanzung geeigneter Gehölze, wie in den Modulen 882.0331 und 882.0333A01 beschrieben.</p> <p>Des weiteren verweisen wir darauf, dass nach den anerkannten Regeln der Technik (___DIN VDE 0115 Teil 3, 1997-12 und DIN EN 50122-1) zwischen Oberleitungsanlagen und Ästen von Bäumen oder Sträuchern ein Abstand von mindestens 2,50 m eingehalten werden muss.</p>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		<p>Die Anpflanzungen im Grenzbereich entlang der Bahnanlagen sind so zu gestalten, dass ein Überhang nach § 910 BGB vermieden wird und die Vorgaben des Nachbarrechtes eingehalten sind. Die Pflanzung darf zu keinem Zeitpunkt die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes gefährden.</p> <p>Wir bitten Sie darum, uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen und uns zu gegebener Zeit den Satzungsbeschluss zu übersenden.</p> <p>Anlage: 1 Übersichtsplan</p>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
A15	<p><b>RP Tübingen</b>  <b>Landesstelle für Straßentechnik</b>  04.05.2017</p>	<p>Die Landesstelle für Straßentechnik (LST), Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Tübingen ist fachlich nicht betroffen. Belange des Straßenwesens werden in diesem Fall von der Abteilung 4 des Regierungspräsidiums Karlsruhe vertreten.</p>	<b>VHT:</b> Stellungnahme der Abteilung 4 liegt vor, siehe A17.
A16	<p><b>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv)</b>  09.05.2017</p>	<p>Das geplante Bauwerk überquert die Gleistrasse der rnv (Linie 5). Es ist sicherzustellen, dass vor, während und nach der Bauausführung der Eisenbahnbetrieb der Linie 5 unterhalb der geplanten Brücke ohne Einschränkungen möglich ist.</p>	<b>VHT:</b> Siehe unten

		<p>Die Ergebnisse aus den im Vorfeld mit der rnv geführten Abstimmungsgesprächen haben nach wie vor Bestand und sind bei den weiteren Planungen bzw. der Umsetzung der Maßnahme zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Schüßler-Plan:</b> Die bisherige Planung ist mit der rnv abgestimmt, Abweichungen von der Planung sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar und nicht geplant. Insofern werden die Hinweise der Stellungnahme in der bisherigen Planung berücksichtigt.</p> <p><b>VHT:</b> Die Planung der Änderungen an den Fahrleitungen der rnv erfolgt durch die rnv, Abteilung elektrische Anlagen. Nach Mitteilung von Hr. Dippold, rnv, ist nach aktuellem Stand davon auszugehen, dass die Punkte aus der Stellungnahme eingehalten werden können, Abweichungen sind derzeit nicht geplant (Mitt. von Hr. Dippold vom 23. Mai 2017).</p>
		<p>Eine rechtzeitige Abstimmung mit der rnv vor der Ausführung des Bauvorhabens ist zwingend erforderlich. Wichtig ist die zeitnahe Einbindung des Bereichs Angebots- &amp; Betriebsplanung (AB) und Fahrbetrieb (FB) unter anderem wegen möglicher Sperrpausen unserer Bahnstrecke. Wenden Sie sich hierzu bitte frühzeitig an Hr. Dißinger (FB6) Tel.: -1451, Email: R.Dissinger@rnv-online.de, Hr. Odenwald (FB6) Tel.: -4315, Email: E.Odenwald@rnv-online.de oder pa.ullrich@rnv-online.de um sich abzustimmen.</p>	<p><b>VHT:</b> Nach Mitt. von Hr. Dippold, rnv, sind Sperrzeiten, Zeiten in denen z. B. eine Langsamfahrstelle eingerichtet werden muss und ähnliche Zeiten, welche einen Zugausfall oder Verspätungen der Züge zur Folge haben könnten, mit AB/FB frühzeitig zu kommunizieren (E-Mail vom 23. Mai 2017). Eine entsprechende Abstimmung wird zugesagt.</p>
		<p>Sollten im Bereich der Eppelheimer Straße Fahrleitungsmaste der rnv Altanlage betroffen sein, dürfen diese Fundamente nicht freigelegt werden. Zur Abstimmung bezüglich der Fahrleitungsanlage, wenden Sie sich bitte an Herrn Dippold (IS1) Tel.: -5415, Email: H.Dippold@rnv-online.de.</p>	<p><b>VHT:</b> Nach Mitteilung von Hr. Dippold, rnv, ist der Mast 527 nach den Plänen nicht direkt betroffen und wird bereits jetzt nicht mehr für die Fahrleitungsanlage benötigt (E-Mail von Hr. Dippold vom 23. Mai 2017). Allerdings ist die Straßenbeleuchtung noch an diesem Mast. Was</p>

			<p>mit dieser geschehen soll, ist zurzeit noch nicht klar.</p> <p><b>Schüßler-Plan:</b> Der im Nahbereich des BV befindliche Fahrleitungsmast ist von der Maßnahme nicht direkt betroffen. Bei der Herstellung der Verbauten und Baugruben ist darauf zu achten, dass der Mast – sofern zu diesem Zeitpunkt noch vorhanden – in seiner Lage nicht verändert und seine Standsicherheit nicht gemindert wird. Dies sollte im Rahmen der Ausschreibung dem AN Bau als Auflage mitgegeben werden.</p> <p>Weitere Abstimmung wird zugesagt.</p>
		<p>Generell ist zu beachten, dass bei Durchführung von Arbeiten im Bereich unserer Gleise bzw. Anlagen diese gesichert werden müssen und keine Beeinträchtigung des Fahrbetriebs erfolgen darf. Das bedeutet insbesondere, dass ein Sicherheitsabstand von 4,50 m zur Gleisachse eingehalten werden muss, ansonsten ist die Betriebsleitstelle zu informieren und während der Arbeiten eine Sicherungsfachkraft (Sakra) einzusetzen. Entsprechende Hinweise zum üblichen Vorgehen in solchen Fällen erhalten Sie unter der Email: IS3+4-Beteiligung@rnv-online.de bzw. telefonisch unter 0621 465-1710 bei Fr. Goebel.</p>	<p><b>VHT:</b> Siehe oben</p>

		<p>Bezüglich der Abstimmung zum Thema Grunderwerb des (Teil-)Grundstücks mit der Flurstücknummer 4141/1 der MVV-Verkehr GmbH bitten wir Sie, sich frühzeitig mit unserem Herrn Weisbrod (RV), Tel.: -1537, Email: T.Weisbrod@rnv-online.de in Verbindung zu setzen.</p>	<p><b><u>VHT:</u></b> Abstimmung wird zugesagt.</p>
		<p>Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass Tiefbauarbeiten bzw. Ingenieurbauwerke innerhalb des Lastabtragungsbereiches unseres Gleiskörpers grundsätzlich der Abstimmung mit der rnv bedürfen. Sie ziehen aufwändige statische Nachweise sowie regelmäßige Prüfungen gemäß DIN 1076 nach sich. Die damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten des Vorhabenträgers.</p>	<p><b><u>VHT:</u></b> Abstimmung wird zugesagt.</p>
		<p>Aufgrund der besonderen Lichtplanung und Ausleuchtung der geplanten Brücke ist sicherzustellen, dass durch die Lichtquellen der geplanten Brückenbeleuchtung bzw. durch angestrahlte Flächen sowie im Besondern beleuchtete, helle Fassaden keine Stör- oder Blendwirkungen auf die unterhalb querenden Züge der Linie 5 und somit auf die Triebfahrzeugführer ausgehen. Die Leuchtmittel sind so Anzuordnen, dass keine Verwechslungsgefahr mit Lichtsignalanlagen für den Bahnbetrieb besteht. Wir weisen Sie darauf hin, dass im Zuge der Umsetzung der Maßnahme der sichere Betrieb der Stadtbahn Linie 5 zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten ist.</p>	<p><b><u>VHT:</u></b> Siehe oben</p>

		Wir bitten Sie um Kenntnisnahme der oben aufgeführten Hinweise und Anmerkungen, da nachträgliche Einschränkungen für den Eisenbahnbetrieb der rnv (Linie 5) nicht hinnehmbar sind. Des Weiteren bitten wir Sie uns zeitnah an den weiteren Planungen zu beteiligen.	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme, Beteiligung wird zugesagt.
		Unter Beachtung der oben aufgeführten Anmerkungen bestehen Seitens der rnv keine Einwände gegen das oben genannte Vorhaben	—
A17	<b>RP Karlsruhe, Abteilung 4 Straßenwesen und Verkehr 18.05.2017</b>	Keine Bedenken oder Anregungen	—
A18	<b>Stadt Heidelberg + Ämter der Stadt Heidelberg 06.06.2017</b>	<p>Bereits die Rahmenplanung im Heidelberger Stadtteil Bahnstadt aus dem Jahr 2003 benennt als ein Ziel der Entwicklung des neuen Stadtteils die Schaffung eines engmaschigen und attraktiven Netzes für Fußgänger- und Radverkehr und sieht hierfür Geh- und Radwegbrücken vor.</p> <p>Die heutigen Barrieren müssen überbrückt und die Bahnstadt mit den benachbarten Stadtteilen vernetzt werden. Ein erster Schritt für die Verbesserung der Anbindung der Bahnstadt für Radfahrer und Fußgänger nach Bergheim und perspektivisch zum Universitätscampus Im Neuenheimer Feld ist die vom Gemeinderat am 23.07.2015 beschlossene bauliche Umsetzung der Geh- und Radwegbrücke Gneisenaustraße, für die wir Anfang 2017 die Feststellung des Planes bei Ihnen beantragt haben.</p>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme

		<p>Die Planunterlagen lagen in der Zeit vom 27.03. bis einschließlich 26.04.2017 im technischen Bürgeramt der Stadt Heidelberg aus. Die Offenlage wurde vorher im Stadtblatt der Stadt Heidelberg in der Ausgabe vom 15.03.2017 öffentlich bekannt gemacht. Ein Auszug ist in Anlage beigelegt.</p> <p>Die nicht ortsansässigen Betroffenen lt. Grunderwerbsverzeichnis (Unterlage 7.1 vom 22.02.2017) wurden von der Auslegung schriftlich unterrichtet.</p>	<p><b>VHT:</b> Kenntnisnahme</p>
		<p>Folgende Personen/Unternehmen haben gegen die Planung bei der Stadt Heidelberg rechtzeitig Einwendungen erhoben:</p> <p>1 Weber, Anja, 26.04.2017  2 Bürgerinitiative Ökologische Mobilität in Heidelberg, 02.05.2017  3 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, 04.05.2017  4 Emmaus Gewerkschaft e. V. Emmaus-Gemeinschaft Heidelberg e. V., 08.05.2017  5 Kleindienst, Ivo, 09.05.2017</p>	<p><b>VHT:</b> Antwort zur Stellungnahme der Deutschen Bahn AG siehe oben (A14), im Übrigen siehe Synopse D. Private.</p>
		<p>Innerhalb der Stadtverwaltung Heidelberg wurden mit Schreiben vom 29.03.2017 folgende Ämter als Träger öffentlicher Belange angehört und um Stellungnahme bis zum 10.05.2017 gebeten.</p> <p>1 Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie  Stellungnahme als untere Verwaltungsbehörde  Keine Bedenken, wenn die aufgeführten Auflagen und Hinweise beachtet werden  2 Stadtplanungsamt</p>	<p><b>VHT:</b> Antworten zu Stellungnahmen der Ämter der Stadt Heidelberg siehe unten.</p>

		keine Bedenken 3 Amt für Baurecht und Denkmalschutz keine Bedenken; Hinweis auf das Erfordernis einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe 4 Tiefbauamt Keine Bedenken 5 Landschafts- und Forstamt - 6 Amt für Verkehrsmanagement Keine Bedenken; Hinweis auf Ergänzung im Erläuterungsbericht und für die Ausführungsplanung In Anlage übersenden wir Ihnen die im Rahmen der Offenlage und der Beteiligung der städtischen Ämter eingegangenen Stellungnahmen sowie die rückerbetenen Planordner.	
		<b>Tiefbauamt</b> (12.04.2017):  Seitens des Tiefbauamtes bestehen keine Einwände gegen die o. g. Maßnahme.	—
		<b>Amt für Verkehrsmanagement</b> (02.05.2017):  Das Amt für Verkehrsmanagement stimmt der o.g. Maßnahme grundsätzlich zu.  Die Brücke ist ein erster Schritt für die notwendige Verbesserung der Anbindung der Bahnstadt für Radfahrer und Fußgänger nach Bergheim und perspektivisch zum Campus im Neuenheimer Feld.	—

		Die Verbesserung der Erreichbarkeit des Zugangs zur Straßenbahn-Haltestelle „Gneisenaustraße Süd“ aus Richtung Bahnstadt durch dieses Brückenbauwerk wird ebenfalls begrüßt.	
		<p>Auf Seite 29 bis 31 des Erläuterungsberichtes sind unter Punkt 5 nur die erforderlichen Folgemaßnahmen an Anlagen Dritter aufgeführt.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass mit der Realisierung der Brücke der städtische Lichtsignalknoten K212, Gneisenau-/Blücherstraße angepasst und umgebaut werden muss. Hierzu wird ein neues Steuergerät mit einer neuen Außenanlage und Verkabelung notwendig.</p> <p>Dies bitten wir in den Unterlagen entsprechend zu ergänzen und zu beachten.</p>	<p><b>VHT:</b> Nach Mitt. von Fr. Walter, AfV, betrifft der Einwand nicht das PF-Verfahren als solches, sondern die Frage der Kostentragung für die Änderung an der Steuerung der Lichtsignalanlage. Zudem wird gewünscht, die Abteilung Verkehrstechnik im Rahmen der Ausführungsplanung zu beteiligen, damit bei Fertigstellung der Brücke auch die LSA angepasst ist (E-Mail vom 23. Mai 2017).</p> <p>Eine entsprechende Beteiligung ist zwischenzeitlich erfolgt. Nach Mitt. von Frau Keuchel, AfV, hat die zwischenzeitlich erfolgte Abstimmung ergeben, dass die Anbindung der Wegeführung Fuß- und Radwegbrücke an den Bestand erfolgt. Eine Änderung der Lichtsignalanlage in Verbindung mit dem Projekt ist nicht notwendig, da alle bestehenden Wegebeziehungen abgedeckt sind (E-Mail vom 21. Juli 2017).</p>



		Im Rahmen der Bauausführung sind die endgültigen Beschilderungs- und Markierungspläne rechtzeitig vor Baubeginn mit Abteilung 81.1 abzustimmen, um angeordnet werden zu können.	<b>VHT:</b> Zusage
		<b>Amt für Baurecht und Denkmalschutz (08.05.2017):</b>  Gegen das og. Planfeststellungsverfahren bestehen von Seiten der Unteren Denkmalschutzbehörde keine Bedenken. Der Teilabbruch der Güterabfertigungshalle bedarf einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung. Zuständig ist das Regierungspräsidium Karlsruhe.	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme, im Übrigen wird auf die Antwort auf die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege Bezug genommen, siehe A19.
		<b>Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie (08.05.2017):</b>  Aus Sicht der Fachbehörden im Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie bestehen keine Bedenken, wenn die nachstehend genannten Auflagen und Hinweise beachtet werden.	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme

		<p><u>Technischer Umweltschutz und Wasserwirtschaft</u></p> <p>Die Gründung der Brücke erfolgt über Bohrpfähle, die bis in den Grundwasserleiter reichen. Aus diesem Grund ist für das Bauvorhaben eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich, die in der Planfeststellung konzentriert wird. Da das Vorhaben zusätzlich in der Zone IIIB des Wasserschutzgebiets Mannheim - Rheinau liegt, ist eine Befreiung von der Schutzgebietsverordnung erforderlich, da Bohrungen in das Grundwasser verboten sind.</p> <p>Die Befreiung wird mit der wasserrechtlichen Erlaubnis nach Anhörung des betroffenen Wasserversorgungsunternehmens und der Stadt Mannheim erteilt.</p> <p>Da sich die Lage des Pylons der Brücke nochmals geändert hat, müssen das hydrogeologische Gutachten und die Gründungsplanungen entsprechend angepasst werden.</p> <p>D.h., es liegen zurzeit keine aktuellen Unterlagen für das Genehmigungsverfahren vor.</p> <p>Wir - Untere Wasserbehörde- bitten uns nach Vorlage der abschließenden Planunterlagen die weitere Vorgehensweise mitzuteilen.</p>	<p><b>VHT:</b> Ein überarbeitetes hydrogeol. Gutachten liegt vor und wurde dem RPK mit E-Mail vom 11. Juli 2017 zur Verfügung gestellt.</p>
		<p><u>Altlasten</u></p> <p>Im Bereich der geplanten Geh- und Radwegbrücke sind drei Flächen im Bodenschutz- und Altlastenkataster eingetragen. Zu den einzelnen Flächen können wir Ihnen das Folgende mitteilen:</p> <p>Eine verfüllte Kiesgrube erstreckt sich über den Gleiskörper der Bundesbahn (vergl. Anlage). Die genauen Grenzen der Altablagerung sind</p>	<p><b>VHT:</b> Kenntnisnahme, wird baubegleitend geprüft</p>

		<p>unbekannt. Vermutlich erstreckt sich die Grube auch auf das Grundstück Flst. Nr. 8098. Bei durchgeführten Erkundungsmaßnahmen konnte eine Auffüllmächtigkeit von größer 5 m ermittelt werden. In der Auffüllschicht wurden Belastungen festgestellt.</p> <p>Auf den Flst. Nr. 4141/1 und 4141/21 befand sich das Güterbahnhofgelände der Ober-rheinischen Eisenbahngesellschaft (OEG). Aufgrund der vormaligen Nutzung können punktuelle Bodenbelastungen vorhanden sein. Auf dem Grundstück Flst. 8098 erstreckte sich ein Heizöllager und eine Tankstelle. Auch dadurch bedingt können Bodenbelastungen vorhanden sein.</p> <p>Die aufgeführten Flächen werden unter der Rubrik „Entsorgungsrelevant“ im Bodenschutz- und Altlastenkataster geführt, da der bei Baumaßnahmen anfallende Erdaushub nur ein- geschränkt für die Wiederverwertung geeignet ist bzw. sein kann.</p>	
		<p><u>Immissions- und Arbeitsschutz</u></p> <p>Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen sind u.a. folgende zwei Gutachten des öffentlich bestellten Sachverständigen für Lärm- und Erschütterungsschutz im Bauwesen, Fischer Ingenieurbüro für Bau, Verkehr und Umwelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Schalltechnische Untersuchung Baulärm vom 07.12.2016</li> <li>2. Erschütterungstechnische Untersuchung vom 25.05.2016</li> </ol> <p>Die schalltechnische Untersuchung kommt zu</p>	—

		<p>dem Ergebnis, dass die durch den umgebenden Verkehr hervorgerufenen Immissionen den durch die Bautätigkeit hervorgerufenen Lärm überschreiten. Dauerhafte Belastungen durch den aus der Nutzung der Geh- und Radwegbrücke hervorgehende Schall-emissionen sind nicht zu erwarten.</p> <p>Aus der erschütterungstechnischen Untersuchung geht hervor, dass Schäden an den unmittelbar angrenzenden Bauwerken nicht zu erwarten sind.</p> <p>Lediglich bei dem im Norden angrenzenden Wohngebäude in der Blücherstraße 9 können Belastungen im Umfeld der Baumaßnahme gegeben sein. Hier sollen geeignete Maßnahmen während der Bauausführung ergriffen werden. Im Endzustand sind dauerhafte Belastungen durch Erschütterungs-emissionen nicht zu erwarten.</p>	
		<p><u>Natur- und Landschaftsschutz</u></p> <p>Der in der UVP-Vorprüfung S. 1 ff/ Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung S. 2 ff genannte Planstand ist veraltet, aktueller Planstand ist der 23.01.2017.</p> <p>Das in der UVP-Vorprüfung auf S. 7 geforderte Beleuchtungskonzept wurde zwischenzeitlich erarbeitet. Das Konzept berücksichtigt die genannten Vermeidungsmaßnahmen der UVP-Vorprüfung auf S. 27 und wird so akzeptiert.</p> <p>Anlage Altlasten</p>	<p><b>VHT:</b> Der Anschluss an den Radweg entlang der Gneisenastraße wurde geringfügig geändert. Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung wird entsprechend angepasst.</p>

		<b>Stadtplanungsamt (09.05.2017):</b> zu den am 29.03.2017 vorgelegten Unterlagen zum o. g. Planfeststellungsverfahren bestehen seitens des Stadtplanungsamtes keine planungsrechtlichen Bedenken.	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
A19	<b>Regierungspräsidium Stuttgart</b> <b>Landesamt für Denkmalpflege</b> 08.06.2017	<b>Bau- und Kunstdenkmalpflege:</b> Gegenüber dem o.g. Planungsvorhaben bestehen aus der Sicht der Bau und Kunstdenkmalpflege keine grundsätzlichen Bedenken. Die Durchführung der Geh- und Radwegbrücke ist aus denkmalpflegerischer Sicht nicht die bevorzugte Variante, der vorgelegte Lösungsvorschlag wird aber unter Einhaltung folgender Auflagen durch die Denkmalpflege mitgetragen:	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Größere Verluste der bauzeitlichen Bausubstanz als in den Planunterlagen vom 28. April 2017 dargestellt, sind nicht genehmigungsfähig.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Die Äußerung bezieht sich auf den Plan „Stahlträgerunterstützung des OEG-Bahnhofes“. In der am 11. Juli 2017 an Hrn. Keller sowie dem RPK übersandten Fassung wurde der am 28. April 2017 übersandte Plan auf Wunsch von Hrn. Keller um eine Längsdarstellung der Aufdachrinne ergänzt.
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Während der Baumaßnahme ist sicherzustellen, dass die Standsicherheit der Laderampe gewährleistet ist. Gegebenenfalls sind weitere Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude notwendig, die anhand einer Werkplanung mit den Denkmalbehörden abzustimmen sind.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Nach dem Ergebnis einer zwischenzeitlich erfolgten Untersuchung zum Bauzustand der Verladehalle ist die Standsicherheit der Verladehalle aufgrund des maroden Unterbaus und der maroden Stützen nicht gewährleistet. Auf Empfehlung des Sachverständigen wurde die Verladehalle durch die Eigentümerin weiträumig abgesperrt. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde i. R. eines Ortstermins am 8. August 2017 unter

			<p>Anwesenheit der Unteren Denkmalschutzbehörde sowie des Landesamtes für Denkmalpflege erörtert. Da der Zustand der Verladehalle die Statik des Brückenbauwerkes nicht beeinflusst (siehe sogleich) ergeben sich für das ggst. Vorhaben keine Auswirkungen. Erforderliche Sanierungsarbeiten wären vor oder i. R. d. ggst. Baumaßnahme vorzunehmen. Sollte die Sanierung der Verladehalle der Eigentümerin nicht zumutbar sein, entfallen die vorgesehenen notwendigen Folgemaßnahmen am OEG-Bahnhof einschließlich der Stahlträgerunterstützung.</p> <p><b>Schüßler-Plan:</b> Das Brückenbauwerk wurde als eigenständiges Tragwerk unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und des minimalisierten Eingriffes in die bestehende, denkmalgeschützte Verladehalle des OEG-Bahnhofes konzipiert und durchgeplant. Die Brücke wurde so geplant, dass ein direkter Lasteintrag oder eine anderweitige dauerhafte lastmäßige Beeinflussung des historischen Gebäudes vermieden wird. Der nun festgestellte bauliche Zustand der Verladehalle und der daraus resultierende Sanierungsaufwand haben daher keinerlei Auswirkung auf die vorgelegte Brückenplanung.</p>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die geplanten Maßnahmen am Gebäude sind aus denkmalpflegerischer Sicht so tiefgreifend, dass in diesem Zusammenhang eine Gesamtinstandsetzung der Laderampe durchgeführt werden sollte.</li> </ul>	<p><b>VHT:</b> Siehe soeben</p>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>Werden während der Arbeiten Umlan- gungen erforderlich, so sind diese mit den Denkmalbehörden vor Weiterführung der Arbeiten in Einvernehmen abzustimmen.</li> </ul>	<b>VHT:</b> Zusage
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Der mit der Mail vom 27. Juni 2017 über- mittelte Plan ist von Seiten der Denkmal- pflege ebenfalls als Bestandteil der Plange- nehmigung anzusehen.</li> </ul> <p>Wir erbitten eine Kopie des Planfeststel- lungsbeschlusses für unsere Unterlagen.</p>	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme  <b>VHT:</b> Zusage
		<b>Archäologische Denkmalpflege:</b> Sollten bei der Durchführung der Maßnahme archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbe- hörde(n) oder Gemeinde umgehend zu be- nachrichtigen. Archäologische Funde (Stein- werkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfär- bungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmal- schutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Doku- mentation archäologischer Substanz ist zu- mindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.	<b>VHT:</b> Kenntnisnahme